

Pressemitteilung

9. September 2021

Umfrage vor TV-Triell: Zentrale Themen kommen bisher zu kurz
Mehrheit will mehr Bildung, Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung, Rente und
Wettbewerbsfähigkeit im Wahlkampf

Berlin – Zentrale Themen bekommen zu wenig Aufmerksamkeit im Wahlkampf. Aus Sicht der Wahlberechtigten müsste mehr über die Themen Bildung, Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung, Rente und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft debattiert werden. In einer repräsentativen Civey-Umfrage für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sagen 77 Prozent, dass im Bundestagswahlkampf zu wenig über Bildung geredet wird. 72 Prozent wünschen sich mehr Aufmerksamkeit beim Thema Rente. Dass zu wenig über eine Modernisierung der Verwaltung gesprochen wird, meinen 69 Prozent. Für 60 Prozent kommt die Digitalisierung in den Wahldebatten zu kurz. Dass über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu wenig debattiert wird, sagen 59 Prozent. Lediglich beim Thema Corona zeigt sich ein vergleichsweise ausgeglichenes Bild. Hier sagen 35 Prozent, dass über die Pandemie zu viel gesprochen wird, 33 Prozent halten den Debattenanteil für angemessen und 29 Prozent wünschen sich für die Corona-Politik mehr Aufmerksamkeit. Dass im Wahlkampf zu viel über Klimaschutz geredet wird sagen 48 Prozent der Wahlberechtigten. 32 Prozent finden, dass Klimaschutz mehr Aufmerksamkeit bekommen sollte, 19 Prozent halten den Anteil der Klimaschutzdebatte im Wahlkampf für genau richtig.

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, appelliert an alle Parteien, sich mehr um die Themen zu kümmern, die aus Sicht der Wählerinnen und Wähler bisher zu kurz gekommen sind. Ganz besonders gelte das für das anstehende TV-Triell. Hier haben es die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und die Teilnehmenden in der Hand, dem Wahlkampf zu mehr inhaltlicher Relevanz zu verhelfen. Pellengahr: "Klimaschutz ist wichtig, der nächste Bundestag und die nächste Bundesregierung müssen aber einen ganzen Berg weiterer Probleme lösen. Ohne eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, spürbare Fortschritte bei der Digitalisierung, funktionierende Verwaltungen und einen bestmöglich gebildeten Nachwuchs drohen Deutschland düstere Zeiten. Nicht nur in der Rentenpolitik drücken sich die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer um klare Worte und überprüfbare Lösungskonzepte. Im ersten TV-Triell wurde kein einziges Mal das Erfolgsrezept unseres Landes genannt: die Soziale Marktwirtschaft. Dabei muss allen klar sein: ohne mehr Soziale Marktwirtschaft bleibt Deutschland am Boden."

Die vollständigen Umfrageergebnisse finden Sie auf insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.